

**Interpellation CVP-GLP-Fraktion:
«Eltern in die Pflicht nehmen**

Die Anzahl Kinder und Jugendlicher, welche im Schulbetrieb durch Disziplinprobleme und Renitenz bis hin zu Gewalttaten auffällt, ist zunehmend und an der Tagesordnung. Dies äussert sich in der Form von Mobbing von Mitschülern, dem Versenden von Videos mit pornografischen oder gewalttätigen Inhalten, der Verweigerung des Unterrichts oder ein schlichtes Ignorieren der gesellschaftlichen Regeln und der Schulvorschriften. Leider hat dadurch die Schule immer mehr Erziehungsaufgaben zu bewältigen, der Bildungsauftrag kommt dabei zu kurz.

Zudem lösen auffällige Kinder eine ganze Kette von sonderpädagogischen Massnahmen mit hohen Kostenfolgen aus. Grundsätzlich ist oder wäre es aber Aufgabe der Eltern, die Kinder zu erziehen. Doch diese sind oftmals mit der Erziehungsverantwortung überfordert oder vertreten diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen. Gehäuft ist eine fehlende Erziehungsverantwortung bei Zuzüglern und Migranten zu beobachten. Infolge fehlender Integration und ungenügender Sprachkenntnis verweigern die Eltern ihre Mitwirkungspflicht bei den schulischen Pflichtaufgaben.

Um die Erziehungsberechtigten verstärkt in die Verantwortung zu ziehen, fehlen in der Volksschule und auf Sekundarstufe II die gesetzlichen Grundlagen. In den heutigen Schulgesetzen (Volksschule / Sekundarstufe II) werden zwar die Rechte genannt, es fehlt aber die Erwähnung der Pflichten. Dies insbesondere im Bereich der Erziehung der Kinder und den damit verbundenen Grundaufgaben wie z.B. Einhaltung der Grundregeln für Respekt und Anstand, die gesellschaftlichen Normen, die kulturellen Wertvorstellungen und die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen im Schulunterricht und rund um den ganzen Schulbetrieb. Eine gesetzliche Verankerung der Pflichten von Eltern und Kindern im Volksschulgesetz würde die bestehenden Schulgesetze wirkungsvoll ergänzen und hätte auch einen starken präventiven Charakter. Erziehungsverantwortliche von auffälligen Kindern könnten verstärkt zur Verantwortung gezogen werden.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die Situation in den Schulen in Bezug auf Disziplin, Gewalttätigkeit sowie das Ignorieren von Regeln und Vorschriften?
2. Erkennt die Regierung einen Bedarf zur Schaffung von Rahmenbedingungen, welche die Erziehungsverantwortlichen auch in schulischen Belangen stärker in die Pflicht nehmen?
3. Bestehen Bestrebungen auf Bundesebene, in Richtung Elternverbindlichkeit auf Schulebene aktiv zu werden?
4. Welche gesetzlichen Grundlagen auf kantonaler Ebene wären anzupassen und wie könnte die Elternpflicht verbindlich geregelt werden?
5. Besteht die Möglichkeit, dass die Regierung ein Konzept zur Elternbildung entwickelt?»

24. April 2017

CVP-GLP-Fraktion